

Arbeit und Geschlecht oder warum Antikapitalismus nicht ohne Feminismus funktioniert.

Liebe Genoss*innen,

Kapitalismus und Patriarchat gelten in linken Kreisen als Widersprüche bzw. Herrschaftsformen, welche zu überwinden sind. Während ersteres seit jeher Gegenstand von Kritik und Praxis ist, kommt letzterem diese Rolle in linken Strukturen immernoch zu selten zu, insbesondere im Umgang und Reflektion eigener Verhaltensweisen Aufgrund sexistischer Sozialisierung. Seit einigen Jahren wird versucht mit dem Begriff der Intersektionalität verschiedene Herrschaftsformen in Beziehung zu setzen und Wechselwirkungen zu analysieren. Demfolgend soll es in diesem Redebeitrag um Zusammenhänge von Arbeit und Geschlecht gehen, wobei uns bewusst ist, dass die Zusammenhänge in einem Redebeitrag nicht in voller Komplexität dargestellt werden können.

Wenn von Arbeit im Kapitalismus gesprochen wird, dann meint dies meist 'abstrakte' Arbeit, also die Arbeit, welche den Tauschwert einer Ware im Verhältnis zu anderen Waren bestimmt. Im Gegensatz dazu bestimmt 'konkrete' Arbeit den Gebrauchswert von Gütern oder Waren. 'Abstrakte' Arbeit als qualitativ gleiche menschliche Arbeit abstrahiert Arbeit von der konkreten Tätigkeit in realer Weise und macht diese damit durch ihren (Tausch-)Wert vergleichbar, was im Tausch vollzogen wird und Grundlage des Kapitalismus als Tauschgesellschaft ist. 'Konkrete' Arbeit bedingt durch Verausgabung die Reproduktion der Arbeiter*innen, also die Wiedererlangung der Arbeitskraft als Voraussetzung zur Produktion. Zu dieser Sphäre der Reproduktion kann die Reproduktion von Bevölkerung hinzugezählt werden. Die Trennlinie der Sphären von Produktion und Reproduktion verläuft an der Zuweisung von Geschlecht (1). Dies ist in den vom Kapitalismus vorgefundenen patriarchalen Verhältnissen begründet. Männlichkeit wird mit Begriffen wie aktiv, stark und rational konnotiert, welche der Produktionssphäre zugeschrieben werden. Weiblichkeit wird dagegen als passive, emotionale und irrationale Abweichung des Männlichen gesehen und ist als solche der Reproduktion zugeordnet. Die Überbetonung der Produktion und damit des Männlichen im Kapitalismus ist Gegenstand einer weit verbreiteten Lesart des Marxismus. Das Patriarchat wird auf die Frage, wer welche Produktionsarbeit macht, reduziert. Durch ein determiniertes Entwicklungsverständnis wird die Aufhebung der prekapitalistischen Geschlechtszuschreibung postuliert oder die Bekämpfung selbiger auf "nach der Revolution" verschoben. Patriarchat wird zum Nebenwiderspruch oder auch zum blinden Fleck des Marxismus. Weiterhin trifft die etwas zynische Charakterisierung des doppelt freien Lohnarbeiters auf Frauen*(2) (wie auch auf nichtweiße Menschen) nicht zu. Personelle Herrschaftsverhältnisse erleben Frauen* in der bürgerlichen Kleinfamilie und nicht nur dort, den Status als bürgerliches Subjekt mussten sie sich über Jahrzehnte erkämpfen.

Dementsprechend waren gerade Forderungen der ersten Frauenbewegung die nach Lohnarbeit und nach Erlangen des Status des bürgerlichen Subjektes, beispielsweise im Wahlrecht. Während letzteres erst durch diverse Kämpfe erlangt wurde, wurden Frauen* immer mehr zu Lohnarbeiter*innen - dies vor allem in entlohten Reproduktionsarbeiten zu meist erheblich schlechteren Konditionen. Ebenso werden Frauen* in Produktionstätigkeiten deutlich schlechter bezahlt als ihre männlichen Kollegen. Produktion und Reproduktion haben sich zwar etwas verschoben. Patriarchale Verhältnisse treten in Wechselwirkung mit kapitalistischer Vergesellschaftung, sind aber als solche geblieben. Dies zeigt sich auch daran, dass unbezahlte Reproduktionstätigkeiten immer noch maßgeblich von Frauen* übernommen werden. Frauen* sind damit einer doppelten Vergesellschaftung unterzogen. Weiterhin sind Frauen* massiven Angriffen ausgesetzt. Im Sinne staatlicher Bevölkerungspolitik werden Abtreibungen mit Repression überzogen. Rechte und konservative Kräfte, wie beispielsweise Maskulinist*innen, wollen Frauen* aus Lohnarbeitsverhältnissen drängen, um die bürgerliche Kleinfamilie mit männlichem Ernährer in den Status des einzig richtigen Familienmodells zurückzuführen. Zu diesen Bestrebungen passte auch das Konzept des Betreuungsgeldes als Bezahlung reproduktiver Arbeit für Frauen*. Es

manifestiert dadurch die Konnotierung von Produktions- und Reproduktionssphären anhand von Geschlecht.

Aus diesem Grund ist Feminismus noch längst nicht überflüssig, eine reelle Gleichstellung aller Geschlechter oder Geschlechtsidentitäten ist nicht nur noch nicht erreicht, das wenige erreichte ist stets durch reaktionäre Kräfte bedroht. Durch staatliche pseudoemanzipative Vorstöße, wie z.B. Girls- und Boysdays in geschlechtlich konnotierten Branchen und den vergangenes Jahr neu eingeführten § 177 StGB, der - umgangssprachlich so genannte - "Nein heißt Nein-Paragraph" (3) wird versucht radikal-feministischen Bewegungen die Argumentationsgrundlage und somit die Anschlussfähigkeit im bürgerlichen Lager zu entziehen. Da sich Patriarchat und Kapitalismus wie gezeigt gegenseitig bedingen, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass eine reelle Gleichberechtigung nur in der emanzipativen Gesellschaft möglich ist. Feministische Kämpfe müssen folglich kontinuierlich zusammen mit antikapitalistischen-, antifaschistischen-, antirassistischen- usw. Kämpfen gedacht und geführt werden und andersherum. Es geht sozusagen stets ...umsGanze!

(1) In der geschlechtsspezifischen Sphärentrennung manifestiert sich das binäre Geschlechtssystem von Frau und Mann. Durch soziale Konstruktion zweier gegensätzlicher Geschlechter, deren Sexualität sich aufeinander bezieht, entsteht die Ideologie der Heteronormativität. Menschen, die sich nicht in diese Kategorie einordnen, werden in diesen Verhältnissen als 'anders' ausgeschlossen und diskriminiert.

(2) Wir sprechen im Folgenden von Frau*. Dies soll zum einen auf das soziale Konstrukt der Kategorie Frau aufmerksam machen und zum anderen alle Menschen mit einbeziehen, welche als weiblich gelesen werden, sich aber nicht als solche definieren.

(3) § 177 StGB besagt, zwar dass ein "Nein" auch als solches anerkannt werden muss, doch bleibt stets die Betroffene Person in der Pflicht die Eindeutigkeit ihres "Neins" zu beweisen.

Unter Anderem aus diesem Grund reduziert es nicht die Hürde für Betroffene, sich an die Cops zu wenden. Betroffene werden sich auch mit diesem neuen Begriff mit Relativierungen, seitens der Repressionsbehörden und oft auch großen Teilen des persönlichen Umfeldes, konfrontiert sehen. Desweiteren bezweifeln wir, dass dieses Gesetz eine abschreckende Wirkung auf potentiell Gewaltausübende hat. Sexuelle Übergriffe entstehen schließlich meist aus einer Machtdemonstration heraus, deren Grundlage in den immernoch vorhandenen patriarchalen Verhältnissen liegt.